

An aerial photograph of a large white wind turbine in the foreground, with its three blades extending across the frame. The turbine is set against a backdrop of a dense green forest. In the distance, another wind turbine is visible on a hillside, and a small town or village can be seen. The sky is a clear, bright blue with some light clouds. The overall scene conveys a sense of clean energy and environmental friendliness.

Informationen aus dem L a n d t a g

April 2023

**GRÜN.
KOMMT**



Liebe Freundinnen und Freunde,
die Energiewende in NRW kommt endlich in Schwung. In den ersten Monaten als Teil der Regierungskoalition haben wir die ersten Hemmnisse für den Ausbau der Windenergie beseitigt, etwa den 1.000-Meter-Abstand für das Repowering von Altanlagen und in den Kommunen mit rechtskräftigen Konzentrationszonen.

Jetzt wollen wir schnell weiterkommen, denn wir wollen, dass in dieser Legislaturperiode 1.000 neue Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen gebaut werden.

Die nächsten wichtigen Weichen für Wind- und Solarenergie stellen wir im sogenannten Landesentwicklungsplan. Dieser schreibt die Grundlagen für die Planung in NRW fest und ist daher auch für andere wichtige ökologische Ziele von großer Bedeutung. Dazu gehört auch die dringend notwendige Reduzierung des Flächenverbrauchs (Seite 4).

In dieser Ausgabe der GRÜN.KOMMT informieren wir über dieses und weitere Themen, die unsere Fraktion in diesen Tagen bewegen. Dazu zählen auch weiterhin die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, die auch in NRW an vielen Stellen spürbar sind, zum Beispiel durch steigende Energiekosten und die höhere Inflation. Viele Menschen in NRW sind von Armut bedroht, darunter auch viele Familien. Wir wollen mit einem großen Aktionsplan gegenhalten. Kürzlich tagte dazu erstmals eine Landesarmutskonferenz, bei der viele Beteiligte an einen Tisch geholt wurden (Seite 6).

Auch ein weiteres weltpolitisches Thema bewegt unsere Fraktion: die mutigen Proteste gegen das Regime im Iran. Der Landtag NRW hat als erstes Landesparlament ein Programm für politische Patenschaften ins Leben gerufen. Damit können die Abgeordneten Patenschaften eingehen, um bedrohten Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit zur Seite zu stehen. Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns für ein solches Programm stark gemacht, das auch Parlamentarier*innen in anderen Ländern helfen kann. Jetzt hat das Präsidium den Beschluss für die „Demokratie-Brücken“ gefasst. Das ist ein wichtiges Zeichen für Solidarität und Menschenrechte.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre!

W. Brems *V. Schäffer*

Wibke Brems und Verena Schäffer
Fraktionsvorsitzende

EDITORIAL

Inhalt

Demokratie-Brücken	----- 3
Fachkräfte-Offensive	----- 3
Landesentwicklung	----- 4
Green Culture	----- 6
Armutskonferenz	----- 6
Klimaschutz ist Gesundheitsschutz	----- 7

PATENSCHAFTSPROGRAMM

MIT «DEMOKRATIE-BRÜCKEN» HELFEN



NRW NEWS

Der Landtag NRW hat als erstes Landesparlament ein Programm für politische Patenschaften ins Leben gerufen: die «Demokratie-Brücken». Damit können die Abgeordneten Patenschaften eingehen, um bedrohten Menschenrechtsverteidiger*innen wie Parlamentarier*innen, Journalist*innen, Medienschaffenden oder Frauenrechtler*innen weltweit zur Seite zu stehen. Schon in der letzten Legislaturperiode hatten wir die Initiative für die Einrichtung eines ähnlichen Programms auch für den Landtag NRW angestoßen. Nun hat das Präsidium den Beschluss dazu gefasst.

Besondere Aufmerksamkeit haben solche Patenschaften im vergangenen Herbst erfahren, als die feministische Protestbewegung im Iran ein unglaubliches Momentum für ihren Freiheitskampf entwickelte, worauf das iranische Mullah-Regime mit extremen Repressalien reagierte. Bis heute geht das Regime mit aller Brutalität und Skrupellosigkeit gegen seine eigene Bevölkerung vor, schont selbst Kinder nicht. Für einige politische Gefangene konnte über den Druck politischer Pat*innen – vor allem auch aus dem Deutschen Bundestag – und die damit einhergehende internationale Aufmerksamkeit immerhin die Freilassung erreicht werden.

Das sind nur die neusten Beispiele, bei denen politische Patenschaften ganz konkret zur Freilassung von Menschenrechtsaktivist*innen geführt haben. Das Konzept dieser Patenschaften ist aber schon älter. Im Bundestag gibt es seit 2003 das Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“. In NRW können zukünftig nun alle interessierten Abgeordneten des Landtags eine politische Patenschaft ihrer Wahl eingehen und werden dabei von der Landtagsverwaltung unterstützt. Sie können über die „Demokratie-Brücken“ durch diplomatischen Kontakt und Medienarbeit konkrete Menschenrechtseinschränkungen öffentlich machen. Mit ihrem Engagement setzen sich die Mitglieder des Landtags für die freiheitlichen und demokratischen Rechte von Parlamentarier*innen sowie Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit ein. Ein wichtiger Schritt, mit dem das Parlament seiner internationalen Verantwortung nachkommt.

**Berivan.Aymaz@landtag.nrw.de, Landtagsvizepräsidentin
Sprecherin für Europa, Internationales und Eine Welt**



FACHKRÄFTE-OFFENSIVE

ALLE POTENZIALE AUSSCHÖPFEN



Es ist paradox: Einerseits ist der Arbeits- und Fachkräftemangel eine der größten Herausforderungen in unserer Arbeitswelt und Gesellschaft. Die Folgen von Corona, der demografische Wandel und zu wenig Auszubildende sind in vielen Branchen spürbar, sowohl in sozialen und handwerklichen als auch in administrativen Berufsgruppen. Andererseits stieg die Anzahl von arbeitslos gemeldeten Menschen mit Schwerbehinderungen im Vergleich zu 2019 und die Zahl der Langzeitarbeitslosen blieb unverändert hoch. Darüber hinaus sind weitere Gruppen, wie etwa geflüchtete Frauen, auf dem Arbeitsmarkt unterrepräsentiert. Das Potenzial an Arbeitskräften ist also längst nicht ausgeschöpft.

Das wollen wir ändern und damit den Menschen und der Wirtschaft helfen. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir deshalb einen Antrag für eine Arbeits- und Fachkräfteoffensive im Bereich der beruflichen Bildung in den Landtag eingebracht: Wir wollen, dass die Landesregierung das Thema fachübergreifend und ganzheitlich angeht.

Anfang Februar fand dazu im Landtag eine umfangreiche Anhörung statt. Als Grüne Fraktion war uns besonders wichtig, die Bedürfnisse derjenigen Personengruppen zu beleuchten, die bisher nur einen eingeschränkten Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt haben, und Hürden zu identifizieren, die wir abbauen müssen. Unser Fokus liegt besonders auf Frauen, Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Personen mit Behinderungen. Die Sachverständigen haben uns in ihren Stellungnahmen und Ausführungen viele konkrete Vorschläge gemacht, wie wir den Zugang zum Arbeitsmarkt leichter und gerechter gestalten können. Dazu zählen eine ergebnisoffene Berufsorientierung, die vereinfachte Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen und die Suche nach individuellen Lösungen für Menschen mit Behinderungen – gemeinsam mit den Betroffenen und Betrieben.

Und dieser Antrag ist nur der Startschuss: Wir werden uns eingehend weiteren Aspekten der vielfältigen Thematik des Arbeits- und Fachkräftemangels widmen. Den Antrag, die Stellungnahmen der Sachverständigen und das Anhörungsprotokoll gibt es hier: <https://gruene.fr/1fw>

**Benjamin.Rauer@landtag.nrw.de
Sprecher für Arbeit und Flucht**



LANDESENTWICKLUNGSPLAN

WIR MACHEN DIE LANDESPLANUNG ZUKUNFTSFEST

Mehr Freiheit für Wind- und Solarenergie, ein bewussterer Umgang mit Rohstoffen, Reduzierung des Flächenverbrauchs: Mit der Änderung des Landesentwicklungsplans bringen wir zentrale Vorhaben für den Umwelt- und Klimaschutz auf den Weg.

LANDES
PLANUNG

Landesentwicklungsplan (LEP) – das hört sich sperrig an. Doch der LEP entscheidet, wie unser Bundesland aussieht: Was machen wir aus der begrenzten Fläche, die uns in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung steht? Der LEP legt fest, unter welchen Bedingungen Flächen für Wohnhäuser und Betriebe ausgewiesen und wo zum Beispiel Solar- und Windkraftanlagen errichtet werden dürfen. Aber auch, wo die Natur einfach mal ihre Ruhe vor uns Menschen haben darf. Die Ziele und Grundsätze des LEP müssen in der nachfolgenden Regionalplanung sowie der kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt werden. Unser aller Alltag – und nicht zuletzt das Handeln der Kommunalpolitiker*innen in den Planungsausschüssen vor Ort sowie den Regionalräten – sind also bestimmt von dem, was der LEP vorgibt.

LANDESPLANUNG MUSS GENERATIONENGERECHT WERDEN

Als Grüne in Regierungsverantwortung für NRW haben wir das feste Ziel, unser Land auf den 1,5 Grad-Pfad zu bringen. Wir wollen dafür sorgen, dass NRW klimaneutral wird und zugleich ein starker Industriestandort bleibt. Einige zentrale Weichen dafür stellen wir im LEP, etwa, wenn es um die Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energien geht. Weil es im Kampf gegen die Klimakrise schnell gehen muss, hat die Landesregierung unmittelbar nach Regierungsantritt mit den Vorbereitungen für eine Änderung des LEP begonnen – dieses erste Update wird den Ausbau der erneuerbaren Energien maßgeblich beschleunigen.

Wir Grüne im Landtag begreifen diesen bereits begonnenen Prozess als Chance. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner CDU haben wir im Januar einen Plenarantrag eingebracht und beschlos-

sen, in dem wir unsere Ziele für den LEP und die Landesplanung auf den Punkt bringen. Darin machen wir deutlich, dass der LEP neben der Energiewende auch viele andere Megathemen betrifft: die Sicherung der Landwirtschaft als Grundlage unserer Ernährung, die Reduzierung des Flächenverbrauchs und Rohstoffabbaus oder der Natur- und Hochwasserschutz. In allen diesen Bereichen muss die Landesplanung generationengerecht gemacht und der LEP, der 2017 unter der rot-grünen Landesregierung erstellt und in der vergangenen Legislaturperiode in einigen Punkten verwässert wurde, angepasst werden.

MEHR RAUM FÜR ERNEUERBARE

Um den LEP schnellstmöglich fit für die Zukunft zu machen, haben wir uns vorgenommen, erstmalig in der Geschichte von NRW zwei parallel laufende Änderungsverfahren am LEP durchzuführen. Im ersten Schritt richten wir den Fokus auf die Beschleunigung im Ausbau der erneuerbaren Energien: Die Windenergie braucht mehr Fläche in NRW, und die Freiflächen-Solarenergie soll zusätzliche Entwicklungsperspektiven erhalten. Bereits im Dezember 2022 hat unsere Grüne Wirtschaftsministerin Mona Neubaur deshalb per Erlass geregelt, dass Solar- und Windenergie auf weiteren Flächenarten genutzt werden können. Dazu gehören zum Beispiel die Öffnung von Nadelwald- und Kalamitätsflächen für die Windenergie oder die kombinierte Nutzung von Solarenergie im Verbund mit Landwirtschaft als Agri-PV oder als schwimmende Floating-PV auf künstlichen Seen. Über den LEP werden wir darüber hinaus weitere Entwicklungsperspektiven schaffen: Für die Windenergie soll eine umfassende Flächenkulisse ausgewiesen und mithilfe der Regio-



nalplanung als sogenannte „Windenergiegebiete“ gerecht auf die Regionen und Landesteile verteilt werden. Zeitgleich sollen im LEP die bestehenden Abstandsregeln für Windenergieanlagen in diesen Gebieten abgeschafft werden. Dieses erste Änderungsverfahren zum LEP wollen wir schon im kommenden Jahr und damit noch vor Mitte der Legislaturperiode abschließen – damit der Ausbau erneuerbarer Energien in NRW wieder Fahrt aufnimmt.

FLÄCHENFRASS BEGRENZEN

Auch für andere große Herausforderungen unserer Zeit setzt unser Antrag klare Leitlinien, die wir in einem zweiten Änderungsverfahren im LEP umsetzen werden. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Flächensparsamkeit. Wir wollen, dass unser wertvoller Boden so sparsam wie möglich genutzt wird. Der notwendige Neubau von Gebäuden für Wohnen und Gewerbe soll dem Leitbild der „dezentralen Konzentration“ folgen. Das bedeutet, dass dieser verstärkt in jeweils zentralen Orten einer Region stattfindet, um eine Zersiedelung des Freiraums zu verhindern. Angesichts der Biodiversitätskrise und des Artensterbens sowie im Interesse der Landwirtschaft müssen wir diese Prinzipien nicht nur beibehalten, sondern ihnen noch mehr Gewicht verleihen – denn Fläche ist begrenzt. Daher ist eine vorausschauende und abwägende Planung, die nicht nur die Interessen des Hier und Jetzt abbildet, sondern auch die Zukunft mitdenkt, maßgeblich für die Entwicklung unseres Landes. Entscheidend hierfür ist insbesondere, dass wir den fünf-ha-Grundsatz wieder in den LEP aufnehmen – also die Maßgabe, dass in unserem Bundesland durchschnittlich nur noch maximal fünf Hektar Fläche pro Tag in Anspruch genommen werden – ein nicht zu unterschät-

zender Meilenstein für den Schutz von Natur und Landschaft. Durch die Einführung eines Planzeichens «Landwirtschaft», das Flächen markiert, die der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben, verleihen wir darüber hinaus dem Schutz dieser Flächen ein besonderes Augenmerk.

KIESABBAU REDUZIEREN

Ein weiterer Schwerpunkt des Antrags ist der Umgang mit Rohstoffen in NRW. Unsere Rohstoffe sind endlich, deshalb müssen wir sparsam und verantwortungsvoll mit ihnen umgehen, gerade weil wir heute und in Zukunft bei vielen Herausforderungen nicht ohne sie auskommen werden. Der Abbau von Kies, Sand und Festgesteinen ist gleichzeitig aber oft nicht naturverträglich und geht mit massiven landschaftlichen Eingriffen einher. Dass das verständlicherweise bei vielen Menschen vor Ort Widerstände auslöst, erleben wir derzeit nicht nur, aber doch besonders am Niederrhein. Wir wollen den Abbau insbesondere von Kies und Kiessand reduzieren und auf Basis eines wissenschaftlich fundierten Rohstoffmonitorings für die besonders betroffenen Regionen eine Ausstiegsperspektive zeichnen. Von Klimaschutz über die Sicherung des Industriestandorts NRW bis zum Naturschutz – mit den Änderungen des LEP gehen wir die zentralen Herausforderungen unserer Zeit auf der räumlich-planerischen Ebene ambitioniert an. Im und mit dem Plan wollen wir die Weichen für die Zukunft neu stellen, um unseren Kindern ein lebenswertes Land, gesunde Natur und Gestaltungsperspektiven zu hinterlassen.

Robin.Korte@landtag.nrw.de,
Sprecher für Landesplanung



GREEN CULTURE

ZUKUNFTSLABOR DER TRANSFORMATION



Ob Museen, Theater oder Kinos: Die vergangenen Jahre waren für die Kunst- und Kulturszene nicht einfach. Die Corona-Pandemie hat die Branche stark gebeutelt, nun setzen die aus dem russischen Angriffskrieg resultierende Energiekrise, die Inflation und die Klimakrise die Einrichtungen unter Druck. Als schwarz-grüne Koalition lassen wir die Branche in NRW nicht allein. Wir haben den Kulturetat im Landeshaushalt 2023 aufgestockt – es ist der höchste seit Gründung des Landes NRW. Damit geben wir den Kulturschaffenden in diesen unsicheren Zeiten Sicherheit. Zudem unterstützen wir Kultureinrichtungen und Musikschulen im Rahmen des Sondervermögens zur Krisenbewältigung mit zusammen rund 93 Millionen Euro, unter anderem mit der Kofinanzierung des „Kulturfonds Energie“ des Bundes. Damit untermauert Schwarz-Grün die Richtung, die bereits der Koalitionsvertrag vorgegeben hat.

Zukünftig soll im Kulturbetrieb die ökologische und nachhaltige Transformation mitgedacht werden, von Ökostrom bis zum Catering soll entsprechend geplant werden. Das Landesprogramm „Öko-Kult NRW“ wollen wir fortschreiben, es bietet unter anderem Beratung über Klimabilanzierung oder Fortbildungen in Transformationsmanagement.

Der ökologische Nachholbedarf ist bei vielen Kulturinstitutionen groß. Nicht gedämmte Kulturbauten oder der häufig desaströse ökologische Fußabdruck bei internationalen Ausstellungen sind Beispiele für die Herausforderungen, vor denen die Kulturszene steht. Das Land muss geeignete Rahmenbedingungen für diesen Umbau schaffen und die Branche bei diesem Wandel unterstützen. Wir nehmen eine hohe Bereitschaft in der Szene wahr, sich solchen Herausforderungen zu stellen und eine Vorreiterrolle bei mehr Klimaschutz einzunehmen. Konkret unterstützen wir die Kulturschaffenden nicht nur, indem wir mehr fördern, sondern auch, indem sie sich leichter vernetzen und informieren können. Auf der neu eingerichteten Online Plattform www.kultur-klima.de, die das Land gemeinsam mit den Landschaftsverbänden betreibt, finden Interessierte Förderungs- und Vernetzungsmöglichkeiten, Fortbildungen und Best-Practice-Beispiele.

Frank.Jablonski@landtag.nrw.de,
Sprecher für Kultur
Christina.Osei@landtag.nrw.de,
Mitglied im Kulturausschuss



KONFERENZ GEGEN ARMUT

HILFEN FÜR SOZIALE EINRICHTUNGEN



NRW NEWS

Die Armut nimmt zu, auch in NRW. Damit werden wir uns nicht abfinden. Besonders Menschen mit geringem Einkommen, darunter viele Familien mit Kindern und Jugendlichen, werden durch die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise zusätzlich an die Grenzen ihrer Existenz gebracht.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, wurde Ende des vergangenen Jahres die Landesarmutskonferenz der Landesregierung ausgerichtet. Dort sind wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Akteur*innen und Betroffene zusammen gekommen, um Lösungsansätze zu entwickeln. In einem ersten Schritt haben wir als schwarz-grüne Koalition 150 Millionen Euro aufgewendet, um in der Krise die soziale Infrastruktur zu unterstützen und Bürgerinnen und Bürger in akuter Notlage zu helfen. Diese Mittel werden an die Kommunen überwiesen, die die Gelder ganz oder teilweise an Träger der freien Wohlfahrtspflege, Vereine, Kirchen, Verbände oder Stiftungen weitergeben. Neben den einzelnen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur werden auch Bürgerinnen und Bürger über kommunale Verfügungsfonds beziehungsweise Härtefallregelungen direkt oder mittelbar unterstützt. Dies geschieht insbesondere zur Vermeidung von Überschuldungen, Energiesperren und Wohnungsverlusten. Auch die Einrichtungen der Eingliederungshilfen werden zusätzlich mit 60 Millionen Euro Landesmitteln in der Krise unterstützt.

Aber Armut ist kein akutes Krisenphänomen. Darum werden wir als Koalition die Landesarmutskonferenz verstetigen und einen „Aktionsplan gegen Armut“ erarbeiten. Denn auch das ist Realität: Armut vererbt sich oft in die nächste Generation. Deshalb ist uns die Bekämpfung von Kinderarmut ein wichtiges Anliegen. Mit dem „Pakt gegen Kinderarmut“ wird ein ressortübergreifender Prozess angestoßen, der Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellt und dieser großen Herausforderung mit einem landesseitigen Handlungs- und Maßnahmenpaket begegnet. Dazu hat die Landesregierung bereits einen Beteiligungsprozess gestartet.

Jule.Wenzel@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Sozialpolitik
Eileen.Woestmann@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik



KLIMASCHUTZ IST GESUNDHEITSSCHUTZ

AUF DEM WEG ZU EINER KLIMAGERECHTEN GESUNDHEITSVERSORGUNG



Die Klimakrise macht uns krank! Häufigere und intensivere Hitzewellen sowie weitere Extremwetterereignisse wie Hochwasser oder Stürme – die Auswirkungen des Klimawandels können beispielweise Symptome bei Herz-Kreislaufkrankungen verstärken, die Verbreitung von Infektionskrankheiten begünstigen oder zu psychischen Belastungen führen. Im vergangenen Sommer, dem heißesten in Europa seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, sind nach Schätzungen des Robert-Koch-Instituts deutschlandweit etwa 4.500 Menschen an Hitze gestorben. Davon allein 900 Menschen in NRW. Die Liste der möglichen Folgen der Klimakrise für die Gesundheit ist lang. Die WHO sieht den Klimawandel als die größte Gesundheitsbedrohung für die Menschheit. Dieser globalen Herausforderung müssen wir mit entschlossenen Maßnahmen entgegentreten. Daher haben wir als schwarz-grüne Koalition eine parlamentarische Initiative auf den Weg gebracht, um das Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen klimagerecht und klimaresilient aufzustellen.

AUFKLÄRUNG UND PRÄVENTION

Wir wollen, dass die Menschen in NRW über die gesundheitlichen Konsequenzen des Klimawandels besser aufgeklärt und bei der Prävention insbesondere jene Gruppen in den Blick genommen werden, die von den Gefahren zunehmender Hitze besonders betroffen sind: Dies sind ältere Menschen, Schwangere und Kleinkinder, aber auch all jene, die durch berufliche Tätigkeit oder Wohnumfeld besonders belastet sind. Die Kommunen sollen bei der Konzeption und Umsetzung von Hitzeaktionsplänen unterstützt werden. Und auch in der gesundheitsberuflichen Aus- und Weiterbildung müssen für uns bisher wenig bekannte, klimafolgenbedingte Infekti-

onskrankheiten einen größeren Stellenwert einnehmen. Gleichzeitig trägt der Gesundheitssektor selbst mit 5,2 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen zum Klimawandel bei. Der Großteil der Emissionen entfällt dabei auf die Krankenhäuser, zugleich wollen viele Einrichtungen aber einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das wollen wir unterstützen und in den kommenden Jahren von den zusätzlich geplanten Investitionen zur Umsetzung der Krankenhausplanung rund ein Drittel für Klimaanpassungsmaßnahmen in unseren Kliniken bereitstellen. Von diesen Geldern werden auch die Menschen in den Kliniken unmittelbar profitieren: Denn ohne Gebäudedämmung und angemessene Beschattung leiden bei zunehmenden Hitzewellen sowohl die Patient*innen als auch die Beschäftigten. Darüber hinaus wollen wir als Koalition mit dem Bund in Verhandlungen über die Einrichtung eines Krankenhaus-Klimaschutzfonds treten.

KLIMASCHUTZ SPART KOSTEN

Die Maßnahmen in unserem Antrag dienen nicht nur dem Klima- und damit dem Gesundheitsschutz, sondern auch einer dauerhaften Reduzierung von teuren Energiekosten. Gerade die junge Generation verlangt von uns zu Recht, dass wir die Gefahren der Klimakrise ernst nehmen und entschlossen handeln. Mit einem breiten Maßnahmenpaket beschreiten wir in Nordrhein-Westfalen – auch im Ländervergleich – einen ambitionierten Weg hin zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung. Denn für uns gilt: Klimaschutz ist zugleich auch Gesundheitsschutz!

Meral.Thoms@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Gesundheitspolitik



ABO/DATENSCHUTZ

Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erhalten die Informationen aus dem Landtag NRW – GRÜN.KOMMT – regelmäßig zusammen mit dem Magazin der Bundespartei. Als Nicht-Mitglied haben Sie jederzeit die Möglichkeit, die GRÜN.KOMMT kostenlos zu abonnieren. Schreiben Sie uns dafür eine Nachricht per Mail oder Post. Das gilt natürlich auch für Abbestellungen – Ihre Daten werden dann vollständig gelöscht.

Als Abonnent*in haben Sie selbstverständlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) und Übertragbarkeit der über Sie gespeicherten Daten sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Ferner haben Sie das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Um Ihre Rechte uns gegenüber geltend zu machen, schreiben Sie bitte an datenschutz.gruene@landtag.nrw.de.

EINLADUNG ZUR FACHTAGUNG

„30 Jahre Solingen: Kontinuitäten rassistischer Gewalt und Lehren für unsere Einwanderungsgesellschaft“

Samstag, der 29. April 2023, 10:30 bis 17:00 Uhr
im Plenarsaal des Landtags NRW

In der Nacht auf den 29. Mai 1993 wurden Gürsün Ince, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç bei dem rassistischen Brandanschlag in Solingen getötet.



Solingen war ein trauriger Höhepunkt rechtsextremer Gewalt nach der Wiedervereinigung im Zuge rassistisch aufgeladener Debatte um das Asylrecht. Das Gedenken an die Opfer von Solingen ist wichtig für unser kollektives Gedächtnis. Erinnern bedeutet, Lehren aus dem Erfahrenen zu ziehen.

Am 29. April werden wir unter anderem mit Dr. Mark Terkessidis, Karima Benbrahim, Fatih Çevikkollu, Berivan Aymaz MdL und Ministerin Josefine Paul MdL über konkrete Maßnahmen gegen Rassismus diskutieren. Wir freuen uns auf Eure Teilnahme!

Die Anmeldung ist hier möglich: <https://gruene.fr/1g9>

IMPRESSUM

Herausgeber (v.i.S.d.P):
GRÜNE Fraktion im Landtag NRW
Mehrhad Mostofizadeh MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Kontakt Redaktion:
Tel 0211 884-2887
Fax 0211 884-2890
www.gruene-fraktion-nrw.de
gruene-pressestelle@landtag.nrw.de



GrueneFraktionNRW



@gruenefraknrw



gruene_fraktion_nrw

Gestaltung:
Guido von Wiecken

Bildnachweis:
S. 1/8: engel.ac@shutterstock.com
– S. 2 (Portrait) Nils Leon Brauer –
S. 2: Pixabay.com – S. 3l: Alexandros
Michailidis@shutterstock.com – S. 3r:
Roman Chazov@shutterstock.com – S.
5: Ivan Bandura@unsplash.com – S.
6l: Kyle Head@unsplash.com – S. 6r:
groundpicture@shutterstock.com – S.
7: megaflopp@shutterstock.com – S.8
(klein): Frank Vincentz@wikimedia.

An dieser Ausgabe haben außerdem
mitgewirkt: Katharina Bons, Iren Gabri-
riel, Jennifer Hüttenhölischer, Rebecca
Joest, Freya Kuhn, Arne Lieb, Asare
Yeboah

Stand: März 2023

Dieses Magazin darf nicht zu Wahlwer-
bezwecken verwendet werden.